

Vertrag beruhen. Das Streikrecht kann den Arbeitern nicht eingeräumt werden; auch dürfen sie sich nicht sozialdemokratisch betätigen. Im übrigen sind sie absolut frei wie jeder andere Arbeiter. Das unsere Beamten und Arbeiter Hungerlöhne beziehen, davon kann keine Rede sein. Das die Arbeiterschaft die Beseitigung der Affordarbeit wünscht, trifft nicht zu. Wir liegen Kundgebungen vor, aus denen das Entgegengehohe hervorgeht und in denen dem Verwaltungschef der verbindliche Dank für die Lohnaufbesserungen ausgesprochen wird. (Verhaftet! Hört, hört! Nur bei den Sozialdemokraten: Gestellt!) Dieser Antrag trifft nicht zu. Für Ruhezeit und Erholungsurlaub ist den Arbeitern das weiteste Entgegenkommen gezeigt worden, und die Wohlfahrtsvereine, auf welche die Arbeiterschaft großen Wert legt, sollten nicht in dieser Weise herabgesetzt werden. (Sehr gut!) Unzutreffend ist es, daß die Wünsche der Arbeiterkreise in den Papierford. Bögen, 60 Proz. ihrer Wünsche sind erfüllt worden, auch hinsichtlich der Lohnaufbesserungen.

Abg. Kocier (Hosp. d. fortchr. Sp.): Die Stimmen der Kommissionsmitglieder auf Einstellung neuer Assistenzstellen in den Etat zu. Die Sozialisten und Werkführer klagen über Vernachlässigung in Gehaltsfragen.

Abg. Stuber (Vothr.) trug verschiedene Wünsche in Bezug auf neue Bahnbauprojekte vor und bat die Verwaltung, diese Wünsche, soweit irgend möglich, zu berücksichtigen.

Abg. Dr. Werner (Vothr. wirtsch. Bgg.): Wir wünschen Nachbesserungen und Aufschaffung der Geheimnisse.

Abg. Defler (Elsch-Vothr.): Mit der Auflegung zweiter Gleise nach den Vogeisen sollte schneller vorgegangen werden.

Eisenbahnminister v. Breitenbach: Ich möchte daran erinnern, daß die Eisenbahn teilweise im Monop. liegt, aber auch die Wettbewerb spielt mit, da die Kosten für das zweite Gleis sehr erheblich sind. Jedoch gibt sich die Verwaltung alle Mühe, den Wünschen in dieser Beziehung bald nachkommen zu können. Ich bin heute nicht in der Lage, auf die einzelnen Bahnprojekte einzugehen. Ich will nur erwähnen, daß die Verwaltung dabei ist, große Projekte auszuarbeiten, die große Summen erfordern. Unrichtig ist es, wenn man behauptet, daß die Verwaltung bei Vergütung von Arbeiten immer auf den niedrigsten Preis steht. Es werden vielmehr die ungeeigneten Angebote zuerst ausgeschlossen. Außerdem ist angeordnet worden, daß darauf gesehen werden soll, daß die betreffende Arbeit auch angemessen bezahlt wird. Die Frage der Anrechnung des Militärdienstalters ist für alle Beamten gleichmäßig geregelt, ebenso ist es die über die Aufstellung der Dienstpläne.

Abg. Werner - Herold (Resp.) trat für Berücksichtigung der Wünsche der Eisenbahnassistenten, der Werkmeisterassistenten und der Lademeister ein; diese letzteren seien bei der Beförderungsebene sehr schlecht weggekommen.

Darauf wurde nach 1/7 Uhr die weitere Beratung auf Freitag 1 Uhr vertagt; außerdem Marinetat.

Berlin, 27. Februar. Dem Reichstage ist folgende Anfrage des Abg. Behrens zugegangen: Ist dem Hrn. Reichsminister bekannt, daß aus dem typusversuchten Kohlenrevier Trißlitz (Steiermark) zahlreiche Arbeiter in das Gebiet des Deutschen Reiches, insbesondere nach Westfalen und Rheinland einwandern wollen? Welche Maßnahmen gedenkt der Hr. Reichsminister zu treffen, um die durch diese Einwanderung für die einheimische Bevölkerung, insbesondere für die Bergarbeiter Deutschlands entstehenden gesundheitlichen Gefahren abzuwehren?

Koloniales.

Vogelschutz in Neuguinea.

In der Sitzung der Kolonialabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gab, wie die „Magdeburger Zeitung“ erfährt, Dr. Solz eine in der Öffentlichkeit bisher nicht bekannt gewordene Erklärung ab. Anknüpfend an den Vortrag des Prof. Dr. Freuch über die Landwirtschaft in Neuguinea, führte der Staatssekretär u. a. aus, die Tatsache, daß Kleinsiedlungen und kleine Pflanzungsbetriebe genötigt seien, während der ersten Jahre ihr Anlage- und Betriebskapital aus Erträgen der Paradiesvogelzucht zu entnehmen, sei ein Beweis dafür, daß diesen Unternehmungen die gesunde wirtschaftliche Grundlage mangle. Eine solche Form der „Wirtschaftskultur“ richte sich selbst. Sie sei aber auch vom ethischen Standpunkte aus verwerflich. Der Staatssekretär steht ganz auf dem Boden der Vogelschutzfreunde. Die soeben erfolgte Erhöhung des Ausfuhrzollens für Paradiesvogelbälge auf 20 M. betrachte er nur als eine Übergangsmassnahme und hoffe, ihr demnächst ein gänzlich Abschlußverbot folgen lassen zu können. Dr. Solz schloß mit einem von der Versammlung sehr beifällig aufgenommenem Appell an die deutschen Frauen, die er bat, die Bestrebungen der Kolonialverwaltung auf Erhaltung der herrlichen Vogelwelt in unseren Schutzgebieten dadurch zu unterstützen, daß sie freiwillig auf das Tragen des Paradiesvogelschmucks verzichten.

Unsichere Eingeborenverhältnisse in Südwest.

Dierzu schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: Die Unstetigkeit der Eingeborenen in Deutsch-Südwestafrika hat in der letzten Zeit derartig zugenommen, daß das Gouvernement sich veranlaßt gesehen hat, darüber statistische Aufnahmen zu machen. Das Ergebnis für das Jahr 1911/12 ist in dem kürzlich erschienenen Jahresbericht des Reichskolonialamtes zum ersten Male veröffentlicht und wirft ein außerordentlich grelles Licht auf die unsicheren Eingeborenverhältnisse der Kolonie. Von der gesamten Eingeborenenbevölkerung von 81 949 Köpfen haben danach im letzten Jahre 11 199 nicht nur ihre Arbeitsstätte gewechselt, sondern sind sogar in andere entlegene Bezirke abgewandert. 1998 (!) sind unter Bruch des abgeschlossenen Arbeitsvertrages einfach ihren Herren entlaufen, um ohne jede behördliche Kontrolle in dem dünn besiedelten Lande ein freies Bogabundenleben zu führen. Dabei muß bemerkt werden, daß es sich hierbei fast ausschließlich um Farmarbeiter handelt, während beispielsweise von den Läderbüchler Diamantminen nur 26 Arbeiter entlaufen sind. 1177 (!) vagabundierende Eingeborene, die größtenteils von Viehdiebstählen ihr Dasein fristen, wurden von der Landespolizei aufgegriffen, darunter vornehmlich solche, die aus dem großen Aufstande als Widersacher der deutschen Herrschaft bekannt sind, nämlich 455 Hereros, 393 Buschleute, 244 Bergdamara etc. Gegen 3218 Eingeborene mußten Strafverurteilungen erlassen werden. 14 wurden zum Tode verurteilt, darunter 7 wegen offenen Landfriedensbruchs.

Am Balkan.

Die Kriegslage.

Ruhe vor der Front.

Konstantinopel, 27. Februar. Ein amtlicher Kriegsbericht besagt, daß gestern bei Bulair und

Tschataldscha keine Änderung der militärischen Lage eingetreten sei. Der Feind habe Adrianopel schwach beschoßen. Der Artilleriekampf dauere auf allen Fronten, insbesondere auf der Ostfront, fort.

Sofia, 27. Februar. Auf allen Kriegsschauplätzen sind die Operationen wegen ungewöhnlicher Fröste und Unwetter eingestellt.

Belgrad, 27. Februar. Das Pressebureau teilt mit: Da die Notwendigkeit einer Kriegsdaktion ausgeht hat, wurde der Sig des Armeekommandos von Astab nach Risch verlegt.

Serbische Hilfstruppen vor Stutari.

Wien, 27. Februar. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ meldet aus Belgrad von besonderer unterrichteter Seite: Die serbische Regierung hat sich entschlossen, im Einvernehmen mit Griechenland ein Hilfskorps von über 30000 Mann auf griechischen Schiffen von Saloniki den Montenegrinern zu Hilfe zu schicken, um Stutari zu Fall zu bringen. Das Expeditionskorps mit zehn Belagerungsgeschützen, 24 Feldgeschützen, dem Geniekorps und dem Munitionspark soll in Durazzo, San Giovanni di Medua und Antivari landen und von dort nach Stutari marschieren.

Die Friedensausichten.

Keine weiteren Jugendändnisse der Türkei.

Konstantinopel, 27. Februar. Die „Jeune Turc“ erzählt, erklärte der Großwesir im Verlaufe seines letzten Besuchs beim französischen und russischen Botschafter, die Türkei sei mit ihren letzten Vorschlägen bis an die äußerste Grenze der möglichen Zugeständnisse gegangen. Nun müßten sich die Großmächte an das bulgarische Kabinett wenden, um dieses zu einer weniger unerwünschten Haltung zu bewegen.

Wien, 27. Februar. Der „Köln. Zeitg.“ meldet man aus Paris, 27. Februar: Mehrere Blätter veröffentlichen eine anscheinend aus offizieller Quelle stammende Mitteilung, wonach gegenwärtig in St. Petersburg zwischen dem dortigen bulgarischen Gesandten und halbamtlichen Vertretern der türkischen Regierung geheime Verhandlungen wegen des Abschlusses des Friedens zwischen der Türkei und den Balkanstaaten geführt werden. Die russische Regierung nehme an diesen Verhandlungen nicht teil. Die türkische Regierung habe St. Petersburg als Verhandlungsort gewählt, weil sie hoffe, daß die Unterhändler sich dort von gefährlichen Beeinflussungen frei halten können, und daß die russische Regierung gegebenenfalls den Bulgaren Ratschläge zur Verfügung stellen werde.

Ein Appell an England.

Konstantinopel, 27. Februar. In einer Besprechung der Frage der Inseln betont der „Tanin“, daß England nicht nur gemeinsam mit den anderen Großmächten, sondern auch allein durch den Vertrag von Cypern die Integrität des türkischen Reiches in Asien gewährleistet habe. Da die Inseln des Archipels dem asiatischen Kontinent angehörten, so müsse England jetzt diesen Vertrag anwenden. Das Blatt weist weiter auf türkenfeindliche Demonstrationen Englands hin, wie zum Beispiel die Entfernung der türkischen Fahne auf Kreta und die Ersetzung durch die hellenische.

Botschafterkonferenz.

London, 27. Februar. Die heute nachmittag abgehaltene Botschafterkonferenz, die nicht formellen Charakter trug, fand unter dem Vorsitz des ständigen Untersekretärs im Auswärtigen Amte, Sir Arthur Nicolson, statt, da Staatssekretär Grey noch nicht nach London zurückgekehrt ist.

Albanische Fragen.

Übereinstimmung, aber keine bindenden Beschlüsse.

London, 27. Februar. Das Reutersche Bureau erfährt aus diplomatischen Quellen, daß die Lage hinsichtlich Albanien augenblicklich die folgende ist: Obgleich ein Einverständnis unter allen Mächten über die Hauptfragen der Abgrenzung Albanien in Aussicht steht, macht es doch die Fortsetzung des Kriegszustandes und besonders die Kriegslage bei Stutari augenblicklich sehr schwierig, endgültige und formelle Entscheidungen zu treffen. Sobald der Friede einmal geschlossen ist, werden die Erörterungen dieser letzten Wochen und die dabei gemachten Vorschläge, die schon eine wesentliche Entspannung herbeigeführt haben, wahrscheinlich sofort zu einer freundschaftlichen Regelung führen. Trotz dem Geiste der Veröhnlichkeit und der Einigkeit, von dem die Mächte bei diesen Verhandlungen Beweise gegeben haben, darf man nicht erwarten, daß die grundsätzliche Übereinstimmung hinsichtlich bestimmter Teile von Albanien sich in formelle und entscheidende Verabredungen umsetzen wird, bevor die Lage, die durch die Fortsetzung des Krieges geschaffen ist, einen weniger unsicheren Charakter angenommen haben wird.

Rumänien und Bulgarien.

Sofia, 27. Februar. Der rumänische Gesandte Ghika ist heute früh zur mündlichen Berichterstattung nach Bukarest abgereist.

Kleine Nachrichten.

Konstantinopel, 27. Februar. (Meldung des Wiener A. R. Telegr.-Bureaus.) Die Regierung trifft strenge Vorsichtsmaßregeln, um die Ordnung zu sichern und jedem Versuch, einen Umsturz herbeizuführen, vorzubeugen. Das Amtsblatt veröffentlicht eine neue Polizeiverordnung, nach der die Polizeibeamten befugt sind, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn dies zur Abwehr von Angriffen oder zur Verhinderung der Flucht von Verbrechern notwendig erscheint. Falls für die Aufrechterhaltung der Ruhe die vorhandenen Polizeimannschaften nicht ausreichen, können die Wachen bez. in Konstantinopel der Minister des Innern durch schriftlichen Befehl an den Kommandanten Militär requirieren.

Ein Trade erinnert daran, daß das Gesetz, das den Beamten verbietet, sich mit Politik zu beschäftigen, genau zu befolgen ist.

Nach einem Telegramm des österreichisch-ungarischen Konsuls in Adrianopel von gestern sind sämtliche dortigen Deutschen wohlhaft.

Belgrad, 27. Februar. Der bulgarische General Paprikow ist hier eingetroffen. In politischen Kreisen verlautet, daß sein Aufenthalt in Belgrad mit einer ausschließlich militärischen Mission in Verbindung stehe.

Sofia, 27. Februar. Morgen tritt die Sobranje zusammen, um die unterbrochene Session fortzusetzen.

Ausland.

Rückkehr des dänischen Königspaares nach Kopenhagen.

Kopenhagen, 27. Februar. Der König und die Königin sind, von Berlin kommend, um 5 Uhr 50 Min. nachmittags hier eingetroffen. Eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte das Königspaar am Bahnhof.

Neue Beunruhigung in Wien.

Wien, 27. Februar. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss hat eine Resolution angenommen, in der die Befriedigung darüber ausgesprochen wird, daß Ministerpräsident Graf Stuergh in der letzten Besprechung mit deutsch-böhmischen Abgeordneten, soweit dies die gegenwärtigen Verhältnisse gestatteten, beruhigende Mitteilungen über die auswärtige Lage machte, die auch in wirtschaftlichen Kreisen mit großer Genugtuung aufgenommen wurden. Der Ausschuss bedauert, daß diese Erklärung durch eine hoffnungslose Kundgebung außerordentlich abgeschwächt worden sei, durch die nur neuerliche Beunruhigung in der Öffentlichkeit wachgerufen wurde.

Parlamentarisches aus Österreich.

Herrenhausbeschlüsse.

Wien, 27. Februar. Das Herrenhaus erledigte heute die Vorlage, betreffend Ergänzung des Handelsvertrags mit Schweden und Norwegen hinsichtlich der gegenseitigen Reisbegünstigung der Handlungsreisenden.

Die Lösung der ungarischen Kabinettskrise.

Bela Janovich zum Kultusminister ernannt. Budapest, 27. Februar. Das Amtsblatt wird morgen die Ernennung des Staatssekretärs Bela Janovich zum Minister für Kultus und Unterricht an Stelle des zurückgetretenen Grafen Szych veröffentlicht.

Die „Tribuna“

zu den italienisch-spanischen Verhandlungen.

Rom, 27. Februar. Aus Anlaß einer Bemerkung des „Imparcial“, die einen Artikel der Turiner „Stampa“ für autorisierter erklärt, in welchem dem beabsichtigten Abkommen zwischen Italien und Spanien der Zweck beigelegt wird, die Bestrebungen Frankreichs im Mittelmeer in Schranken zu halten, schreibt die „Tribuna“, diese Auslegung des Abkommens, aber das zwischen Italien und Spanien verhandelt werde, entbehre jeder Begründung. Es habe ein Ziel, zu erreichen, daß die beiden Mächte einander nicht hindern; sondern im Gegenteil in Syden und der spanischen Zone in Marokko Hand in Hand gingen. Es habe einen vorwiegend wirtschaftlichen Charakter und entspreche, wie der Minister des Auswärtigen, Marquis di San Giuliano, schon in der Kammer erklärt habe, dem Wunsch der beiden Nationen, ihre gegenseitige Freundschaft immer herzlicher zu gestalten.

Französische Heeresreform.

Die Strömung für die dreijährige Dienstzeit wächst an.

Paris, 27. Februar. Wie die „Agence Havas“ meldet, beschäftigt sich der Ministerrat mit der Prüfung der Maßregeln zur Hebung des Effektivbestandes der Armee. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt; alle bisher veröffentlichten Meldungen seien daher verfrüht.

Einer Zeitungsmeldung zufolge wird die Regierung dem vom Ministerpräsidenten befundeten Entschluß entsprechend dem Antrag des Kriegsministers auf Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit zustimmen und den entsprechenden Gesetzesentwurf in kurzen im Parlament einbringen. Der „Temps“, der gleich dem nationalistischen und konservativen Blättern eine überaus eifrige Propaganda für den dreijährigen Militärdienst entfaltet hat bei der „Vereinigung der militärischen Vorbereitungen“, welcher an 20 000 junge Leute angehören, sowie bei den Pariser „Stellungnahmen“ eine Umfrage gehalten und behauptet, daß die Rückkehr zum dreijährigen Dienst von allen Beteiligten ohne den geringsten Widerspruch hingenommen werde. Der Obmann des Heeresausschusses der Kammer, Montebello, erklärte einem Berichterstatter des „Temps“, nur die dreijährige Dienstzeit könne Frankreich eine genügend zahlreiche und hinreichend ausgebildete Armee geben. Er schloß seine Erklärung mit den Worten: Wir wollen nicht unterliegen, ob diejenige, die im Jahre 1905 für die Einführung des zweijährigen Dienstes stimmten, recht gehabt haben oder nicht. Wir wollen nur die Einigkeit aller guten Franzosen für ein notwendiges Werk herbeiführen.

Paris, 28. Februar. Der Vorstand des Heeresausschusses der Kammer erklärte die vom „Echo de Paris“ gebrachte Mitteilung, daß der Ausschuss einen Antrag auf ungeteilte dreijährige Dienstzeit unter Berufung dreier Jahresklassen prüfe, als durchaus unrichtig. Der Heeresausschuss wartet jetzt den von der Regierung angeforderten Antwort ab. Im „Echo de Paris“ schlägt ein General vor, daß das Gesetz über die dreijährige Dienstzeit, falls es vom Parlament angenommen wird, unverzüglich auch auf die gegenwärtig unter den Fahnen stehende Armee angewendet wird. Den Soldaten soll auf Verlangen ein zwei- oder dreijähriger Urlaub bewilligt werden.

500 Millionen für die Beschleunigung der nationalen Verteidigung.

Paris, 27. Februar. Finanzminister Pichon brachte heute in der Kammer die Vorlage ein, die 500 Millionen zur Beschleunigung der Arbeiten für die nationale